

VERLEGUNG DES GÄSTEBUSPARKENS AM DEUTSCHE BANK PARK

01. SEPTEMBER 2026

Offenes Verfahren nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV)
Freianlagen, Ingenieurbauwerke, Verkehrsanlagen

A1 – ANGEBOTSBLATT

INHALT

1 /	Bietererklärung	3
1.1 /	Angaben des Bieters	3
1.2 /	Bietergemeinschaft	4
1.3 /	Nachunternehmen mit Eignungsleihe.....	4
1.4 /	Nachunternehmen ohne Eignungsleihe	4
1.5 /	Auskünfte nach GWB.....	4
1.6 /	Verpflichtungserklärung HVTG	5
1.7 /	Eigenerklärung Russlandsanktionen	6
2 /	Berufsstand	7
2.1 /	Handels-/ Partnerschaftsregister	7
2.2 /	Berufszulassung	7
3 /	Leistungsfähigkeit	8
3.1 /	Haftpflichtversicherung	8
3.2 /	Jahresumsatz	8
3.3 /	Festangestellte Beschäftigte	9
3.4 /	Referenzen	10
4 /	Projektteam.....	16
4.1 /	Projektleitung	16
4.2 /	Stellvertretende Projektleitung	16
4.3 /	Objektüberwachung	17
5 /	Angebot	18
5.1 /	Angebotsbestandteile	18
5.2 /	Bietererklärung	19

1 / BIETERERKLÄRUNG

1.1 / ANGABEN DES BIETERS

EINZELBIETER	☐
BIETERGEMEINSCHAFT	☐

Name Einzelbieter / Name Bietergemeinschaft		
Ansprechpartner bzw. bevollmächtigter Vertreter		
Straße		
PLZ / Ort		
E-Mail (Ansprechpartner)		
Telefon (Ansprechpartner)		
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer		
Größe des Wirtschaftsteilnehmers ¹	☐ Kleinunternehmen	☐ Mittleres Unternehmen
	☐ Kleines Unternehmen	☐ Großunternehmen

¹ Eine Einordnung der Größe des Wirtschaftsteilnehmers erfolgt gemäß Statistischem Bundesamt über folgende Definition:
Kleinunternehmen (K): bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. € Umsatz;
Kleines Unternehmen (KU): bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. € Umsatz;
Mittleres Unternehmen (MU): bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. € Umsatz;
Großunternehmen (G): über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. € Umsatz.

VERLEGUNG DES GÄSTEBUSPARKENS AM DEUTSCHE BANK PARK
A1 – ANGEBOTSBLATT | FREIANLAGEN, INGENIEURBAUWERKE,
VERKEHRSANLAGEN

1.2 / BIETERGEMEINSCHAFT

- A) Bietergemeinschaften sind zugelassen (vgl. § 43 VgV). Von Bietergemeinschaften ist ein gemeinsames Angebotsblatt auszufüllen. Eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung ist als Nachweis, dass die Bietergemeinschaft auf die Mittel aller Mitglieder tatsächlich zugreifen kann, einzureichen (vgl. Anlage A1.1). Weiterhin sind verschiedene Nachweise und Erklärungen von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft gesondert zu erbringen, dabei ist deutlich zu machen, welche Angaben von welchem Mitglied der Bietergemeinschaft stammen.

1.3 / NACHUNTERNEHMEN MIT EIGNUNGSLEIHE

- A) Der Bieter kann sich bei der Erfüllung der Eignungsanforderungen der Fähigkeiten, Ressourcen bzw. Mittel anderer Unternehmen bedienen. Sofern der Bieter zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, ist nachzuweisen, dass der Bieter auf die Mittel des anderen Unternehmens tatsächlich zugreifen kann (vgl. § 47 VgV). Hierzu ist die Verpflichtungserklärung Eignungsleihe für jedes andere Unternehmen auszufüllen und dem Angebot beizufügen (vgl. Anlage A1.2).

1.4 / NACHUNTERNEHMEN OHNE EIGNUNGSLEIHE

- A) Der Bieter kann Teile des Auftrags an Nachunternehmen ohne Eignungsleihe (Unterauftragnehmer) vergeben. Bei Angebotsabgabe sind in der Verpflichtungserklärung (vgl. Anlage A1.3) die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen, ebenfalls muss mit Angebotsabgabe der Nachweis geführt werden, welche Leistungsanteile von dem Nachunternehmer erbracht werden. Die Nachunternehmer müssen vor Vertragsabschluss namentlich benannt sein.

1.5 / AUSKÜNFTE NACH GWB

- A) Sollten Ausschlussgründe nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorliegen, so wird der Bieter nach Prüfung dieser vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.
- B) Falls Ausschlussgründe nach **§ 123 GWB** und/oder **§ 124 GWB** vorliegen, sind für eine Selbstreinigung gemäß **§ 125 GWB** die entsprechenden Nachweise der Bewerbung unaufgefordert beizulegen.

☐	Der Bieter erklärt, dass keine zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen.
☐	Der Bieter erklärt, dass keine fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen.

1.6 / VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG HVTG

Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 17. Juni 2026, GVBl. 2026 Nr. 40

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn entsprechend den Vorgaben des § 4 HVTG zur Zahlung des Mindestlohns gemäß § 20 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) bzw. des Tariflohns nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) nicht auf Beschäftigte bezieht, die bei einem Bieter oder Nachunternehmen im EU-Ausland beschäftigt sind und die Leistung im EU-Ausland erbringen.

1) Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens das Entgelt zu gewähren, das nach § 4 Abs. 1 und 3 HVTG in einer Rechtsverordnung des Landes für die Erbringung der betreffenden Leistung verbindlich vorgegeben wird. Soweit eine solche Rechtsverordnung keine Anwendung findet, verpflichte/n ich/wir mich/uns, bei der Ausführung der Leistung mindestens das Entgelt zu gewähren, das nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag, einer nach § 7, § 7a oder § 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder einer nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben wird. Ich/wir nehme/n weiterhin zur Kenntnis, dass bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen diese Verpflichtungen verstoßen wird, auf Anforderung dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Besteller deren Einhaltung nachzuweisen ist.
- meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung einer Leistung über Verkehrsleistungen und freigestellte Schülerverkehre mindestens das in Hessen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung und der für entgeltrelevant erklärten Bestandteile dieser Tarifverträge zu zahlen und Erhöhungen während der Ausführungszeit vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Auszubildende.

2) Ich/Wir erkläre/n,

dass ich/wir nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG (Bußgeldvorschriften) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind und damit nicht die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Auftragsvergabe nach § 19 Abs. 1 und 3 MiLoG vorliegen.

3) Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,

für den Fall des Einsatzes von Nachunternehmen, mit diesen die Erfüllung der Verpflichtungen nach den §§ 4, 5 und 10 HVTG vertraglich zu vereinbaren. Spätestens vor Beginn der Ausführung der Leistung durch das Nachunternehmen habe ich/haben wir dem Auftraggeber eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmens im vorstehenden Sinne vorzulegen. Gleiches gilt, wenn ich/wir oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetze(n)/einsetzt. Diese Verpflichtung gilt entsprechend auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen.

4) Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass ein nachweislich schuldhafter Verstoß gegen meine/unsere Verpflichtungen
- ◆ den Ausschluss meines/unseres Unternehmens von diesem Vergabeverfahren zur Folge haben kann,
 - ◆ den Ausschluss meines/unseres Unternehmens für die Dauer von bis zu drei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge der ausschließenden Vergabestelle zur Folge haben kann,
 - ◆ ein solcher Verstoß eine schwere Verfehlung nach § 17 Abs. 2 HVTG darstellt, die gemäß § 17 Abs. 9 HVTG der Informationsstelle bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main mitgeteilt wird,
 - ◆ nach Vertragsschluss den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigen kann.



Mit der Abgabe des unterzeichneten Teilnahmeantrags verpflichtet sich der Bewerber bzw. verpflichten sich alle Mitglieder der Bergwerksgemeinschaft verbindlich zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 17. Juni 2026, GVBl. 2026 Nr. 40.

1.7 / EIGENERKLÄRUNG RUSSLANDSANKTIONEN

Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils gültigen Fassung

- 1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG sowie unter Titel VII der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
 - a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.
- 2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für
 - a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
 - b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
 - c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
 - d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
 - e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.
- 3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- 4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.



Mit der Abgabe des Angebots erklärt der Bieter bzw. erklären alle Mitglieder der Bietergemeinschaft verbindlich, nicht zu den in Artikel 5k Absatz 1 der vorgenannten Verordnung genannten Personen oder Unternehmen zu gehören.

2 / BERUFSSTAND

2.1 / HANDELS- / PARTNERSCHAFTSREGISTER

- A) Bei Unternehmen mit Sitz in Deutschland ist der entsprechende Auszug aus dem Handels-/ Partnerschaftsregister erst im Auftragsfall vorzulegen.
- B) Bei Unternehmen mit einem Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ist im Auftragsfall ein Auszug aus dem jeweiligen Handels-/ Partnerschaftsregister und die Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU vorzulegen
- C) Für Bietergemeinschaften ist die Anlage A1.1 zu verwenden.

☐	Der Bieter erklärt, im untenstehenden Handels-/ Partnerschaftsregister eingetragen zu sein.	
	Register / Nummer	
☐	Der Bieter erklärt, nicht zur Eintragung im Handels-/ Partnerschaftsregister verpflichtet zu sein.	

2.2 / BERUFSZULASSUNG

- A) Als Bewerber sind natürliche Personen zugelassen, wenn sie gemäß § 57 HBO (Hessische Bauordnung) über die notwendige Sachkunde und Erfahrung verfügen, um für die Vorbereitung des Bauvorhabens geeignet zu sein.
- B) Als Bewerber sind natürliche Personen zugelassen, wenn sie gemäß § 67 HBO (Hessische Bauordnung) bauvorlageberechtigt sind.
- C) Bei juristischen Personen muss mindestens eine natürliche Person die oben genannten Kriterien A) und B) nachweisen. Für ausländischen Bewerber sind vergleichbare Nachweise unter Beachtung der Berufsankennungsrichtlinie 2013/55/EU vorzulegen.
- D) **Mindestkriterien:**
♦ Nachweis einer Bauvorlageberechtigung

☐	Der Bewerber erklärt, über die notwendige Sachkunde und Erfahrung für die Eignung des Bauvorhabens gemäß § 57 HBO zu verfügen.
☐	Der Bewerber erklärt, über den geforderten Nachweis einer Bauvorlageberechtigung gemäß § 67 HBO zu verfügen und im Auftragsfall nachzureichen.

3 / LEISTUNGSFÄHIGKEIT

3.1 / HAFTPFLICHTVERSICHERUNG

A) **Mindestdeckungssummen:**

- ◆ Personenschäden: 5.000.000 EUR (pro Schadensfall, mind. 2-fache Jahresmaximierung)
- ◆ Sach- und Vermögensschäden: 5.000.000 EUR (pro Schadensfall, mind. 2-fache Jahresmaximierung)

☐	Der Bieter erklärt, dass eine Haftpflichtversicherung mit den oben genannten Mindestdeckungssummen bei einem in der EU zugelassenen Versicherer vorliegt bzw. dass falls eine bestehende Haftpflichtversicherung die o.g. Mindestdeckungssummen nicht enthält, im Auftragsfall eine solche Haftpflichtversicherung abgeschlossen wird.
--------------------------	--

3.2 / JAHRESUMSATZ

- A) Eigenerklärungen über den Netto-Gesamtumsatz in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags.
- B) Im Fall einer Bietergemeinschaft (vgl. Kapitel 1.2) sowie bei Eignungsleihe (vgl. Kapitel 1.3) sind die Angaben in der jeweiligen Anlage anzugeben. Zum Nachweis der Erfüllung der Mindestvoraussetzungen werden die jeweiligen Angaben des Bieters, der Bietergemeinschaft bzw. bei Eignungsleihe addiert.
- C) **Mindestkriterium:**
- ◆ Durchschnittlicher Jahresumsatz (netto) für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre in Höhe von 400.000 EUR (in Summe mind. 1.200.000 EUR)

J A H R	2 0 2 3	2 0 2 4	2 0 2 5
Netto-Gesamtumsatz			

VERLEGUNG DES GÄSTEBUSPARKENS AM DEUTSCHE BANK PARK
A1 – ANGEBOTSBLETT | FREIANLAGEN, INGENIEURBAUWERKE,
VERKEHRSANLAGEN

3.3 / FESTANGESTELLTE BESCHÄFTIGTE

- A) Erklärung zu den durchschnittlich festangestellten Beschäftigten zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots und in den beiden davor liegenden Jahren mit Qualifikation und Berufserfahrung bezogen auf die ausgeschriebene oder vergleichbare Leistung.
- B) Im Fall einer Bietergemeinschaft (vgl. Kapitel 1.2) sowie bei Eignungsleihe (vgl. Kapitel 1.3) sind die Angaben in der jeweiligen Anlage anzugeben. Zum Nachweis der Erfüllung der Mindestvoraussetzungen werden die jeweiligen Angaben des Bewerbers, der Bewerbergemeinschaft bzw. bei Eignungsleihe addiert.
- C) **Mindestkriterien:**
- ♦ Mind. 5 festangestellte Ingenieure / Fachplaner im Bereich **Landschaftsarchitektur** (mit entsprechendem berufsqualifizierendem Abschluss) mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung
 - ♦ Mind. 5 festangestellte Ingenieure / Fachplaner im Bereich **Ingenieurbauwerke** (mit entsprechendem berufsqualifizierendem Abschluss) mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung
 - ♦ Mind. 5 festangestellte Ingenieure / Fachplaner im Bereich **Verkehrsanlagen** (mit entsprechendem berufsqualifizierendem Abschluss) mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung

J A H R	2 0 2 4	2 0 2 5	2 0 2 6
Festangestellte Ingenieure / Fachplaner Landschaftsarchitekten mind. 5 Jahre Berufserfahrung			
Festangestellte Ingenieure / Fachplaner Ingenieurbauwerke mind. 5 Jahre Berufserfahrung			
Festangestellte Ingenieure / Fachplaner Verkehrsanlagen mind. 5 Jahre Berufserfahrung			

VERLEGUNG DES GÄSTEBUSPARKENS AM DEUTSCHE BANK PARK
A1 – ANGEBOTSBLETT | FREIANLAGEN, INGENIEURBAUWERKE,
VERKEHRSANLAGEN

3.4 / REFERENZEN

- A) Der Nachweis der geforderten Referenzen erfolgt durch Eintragung in den nachfolgenden Referenzblättern. Die Prüfung der Referenzen erfolgt nur für die dort eingetragenen Projekte.
- B) Der Bewerber hat zur Darlegung der Eignung gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV Referenzen in Bezug auf die folgenden Bereiche darzulegen:

Referenzkategorie 1 – Freiraumplanung

- ♦ 2 wertungsfähige Referenzen – Neubau öffentliche Platzanlage

Mindestkriterien Referenzkategorie 1 - Freiraumplanung

- ♦ Fertigstellung der LP 8 gemäß § 39 Abs. 3 HOAI innerhalb der letzten 10 Jahre (Stichtag: Einreichung des Angebotsblatts)

Weitere Mindestkriterien (zu erfüllen in Referenz 1.1 oder 1.2)

- ♦ Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts
- ♦ Öffentliche Fläche mit Integration von bestehendem Baumbestand
- ♦ Integration kleinerer Einbauten (z. B. Sanitäranlagen, Überdachungen, Zäune, Tore)
- ♦ Erstellung von Rodungs- und Baumfällanträgen gemäß Anlage 11.1 HOAI 2021 (Besondere Leistung Leistungsphase 4)

Referenzkategorie 2 - Ingenieurbauwerke

- ♦ 1 wertungsfähige Referenz – Neubau Medienserschließung

Mindestkriterien Referenzkategorie 2 - Ingenieurbauwerke

- ♦ Ingenieurbauwerke im Bereich Medienserschließung (Abwasserentsorgung, Regenwasserbewirtschaftung, Stromanschluss) gemäß § 41 ff HOAI 2021
- ♦ Fertigstellung der LP 8 gemäß § 43 Abs. 1 HOAI innerhalb der letzten 10 Jahre (Stichtag: Einreichung des Angebotsblatts)
- ♦ Mind. Honorarzone II
- ♦ Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts

Referenzkategorie 3 – Verkehrsanlagen

- ♦ 2 wertungsfähige Referenzen – Neubau Parkplatzanlagen

Mindestkriterien Referenzkategorie 3 - Verkehrsanlagen

- ♦ Neubau einer Parkplatzanlage
- ♦ Fertigstellung der LP 8 gemäß § 47 Abs. 1 HOAI innerhalb der letzten 10 Jahre (Stichtag: Einreichung des Angebotsblatts)
- ♦ Mind. Honorarzone III

Weitere Mindestkriterien (zu erfüllen in Referenz 3.1 oder 3.2)

- ♦ Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts
- ♦ Verkehrsfläche mind. 5.000 m²

- C) Die geforderten Angaben sollen plausibel und nachvollziehbar sowie mit Bezugnahme der gemachten Angaben in einer Projektbeschreibung dargestellt werden.

VERLEGUNG DES GÄSTEBUSPARKENS AM DEUTSCHE BANK PARK
A1 – ANGEBOTSBLETT | FREIANLAGEN, INGENIEURBAUWERKE,
VERKEHRSANLAGEN

REFERENZKATEGORIE 1: REFERENZ 1.1 – FREIRAUMPLANUNG

Leistungserbringer	
Projektbezeichnung / Ort	
Name und Adresse des Auftraggebers	

MINDESTKRITERIEN

Fertigstellung der LP 8 gemäß § 39 Abs. 3 HOAI innerhalb der letzten 10 Jahre (Stichtag: Einreichung des Angebotsblatts)	Fertigstellung LP 8 (MM/JJJJ) _____
--	--

WEITERE MINDESTKRITERIEN
(ZU ERFÜLLEN IN REFERENZ 1.1 ODER 1.2)

Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts	☐ Ja ☐ Nein
Öffentliche Fläche mit Integration von bestehendem Baumbestand	☐ Ja ☐ Nein
Integration kleinerer Einbauten (z. B. Sanitäranlagen, Überdachungen, Zäune, Tore)	☐ Ja ☐ Nein
Erstellung von Rodungs- und Baumfällanträgen gemäß Anlage 11.1 HOAI 2021	☐ Ja ☐ Nein

BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN

Projekt-/ Baubeschreibung mit Bezugnahme auf die oben gemachten Angaben (max. 2 DIN-A4 Seiten)	☐ Ja
--	-----------------------------

VERLEGUNG DES GÄSTEBUSPARKENS AM DEUTSCHE BANK PARK
A1 – ANGEBOTSBLATT | FREIANLAGEN, INGENIEURBAUWERKE,
VERKEHRSANLAGEN

REFERENZKATEGORIE 1: REFERENZ 1.2 – FREIRAUMPLANUNG

Leistungserbringer	
Projektbezeichnung / Ort	
Name und Adresse des Auftraggebers	

MINDESTKRITERIEN

Fertigstellung der LP 8 gemäß § 39 Abs. 3 HOAI innerhalb der letzten 10 Jahre (Stichtag: Einreichung des Angebotsblatts)	Fertigstellung LP 8 (MM/JJJJ) _____
--	--

WEITERE MINDESTKRITERIEN
(ZU ERFÜLLEN IN REFERENZ 1.1 ODER 1.2)

Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts	☐ Ja ☐ Nein
Öffentliche Fläche mit Integration von bestehendem Baumbestand	☐ Ja ☐ Nein
Integration kleinerer Einbauten (z. B. Sanitäranlagen, Überdachungen, Zäune, Tore)	☐ Ja ☐ Nein
Erstellung von Rodungs- und Baumfällanträgen gemäß Anlage 11.1 HOAI 2021	☐ Ja ☐ Nein

BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN

Projekt-/ Baubeschreibung mit Bezugnahme auf die oben gemachten Angaben (max. 2 DIN-A4 Seiten)	☐ Ja
--	-----------------------------

VERLEGUNG DES GÄSTEBUSPARKENS AM DEUTSCHE BANK PARK
A1 – ANGEBOTSBLETT | FREIANLAGEN, INGENIEURBAUWERKE,
VERKEHRSANLAGEN

REFERENZKATEGORIE 2: REFERENZ 2 – MEDIENERSCHLIEßUNG

Leistungserbringer	
Projektbezeichnung / Ort	
Name und Adresse des Auftraggebers	

MINDESTKRITERIEN

Ingenieurbauwerke im Bereich Medienschließung (Abwasserentsorgung, Regenwasserbewirtschaftung, Stromanschluss) gemäß § 41 ff HOAI 2021	☐ Ja ☐ Nein [Ausschluss]
Fertigstellung der LP 8 gemäß § 43 Abs. 1 HOAI innerhalb der letzten 10 Jahre (Stichtag: Einreichung des Angebotsblatts)	Fertigstellung LP 8 (MM/JJJJ) _____
Mind. Honorarzone II	Honorarzone _____
Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts	☐ Ja ☐ Nein [Ausschluss]

BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN

Projekt-/ Baubeschreibung mit Bezugnahme auf die oben gemachten Angaben (max. 2 DIN-A4 Seiten)	☐ Ja
--	-----------------------------

VERLEGUNG DES GÄSTEBUSPARKENS AM DEUTSCHE BANK PARK
A1 – ANGEOTSBLATT | FREIANLAGEN, INGENIEURBAUWERKE,
VERKEHRSANLAGEN

REFERENZKATEGORIE 3: REFERENZ 3.1 – PARKPLATZANLAGE

Leistungserbringer	
Projektbezeichnung / Ort	
Name und Adresse des Auftraggebers	

MINDESTKRITERIEN

Neubau einer Parkplatzanlage	☐ Ja ☐ Nein [Ausschluss]
Fertigstellung der LP 8 gemäß § 47 Abs. 1 HOAI innerhalb der letzten 10 Jahre (Stichtag: Einreichung des Angebotsblatts)	Fertigstellung LP 8 (MM/JJJJ) _____
Mind. Honorarzone III	Honorarzone _____

WEITERE MINDESTKRITERIEN
(ZU ERFÜLLEN IN REFERENZ 3.1 ODER 3.2)

Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts	☐ Ja ☐ Nein
Verkehrsfläche mind. 5.000 m ²	Verkehrsfläche (m ²) _____

BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN

Projekt-/ Baubeschreibung mit Bezugnahme auf die oben gemachten Angaben (max. 2 DIN-A4 Seiten)	☐ Ja
--	-----------------------------

VERLEGUNG DES GÄSTEBUSPARKENS AM DEUTSCHE BANK PARK
A1 – ANGEOTSBLATT | FREIANLAGEN, INGENIEURBAUWERKE,
VERKEHRSANLAGEN

REFERENZKATEGORIE 3: REFERENZ 3.2 – PARKPLATZANLAGE

Leistungserbringer	
Projektbezeichnung / Ort	
Name und Adresse des Auftraggebers	

MINDESTKRITERIEN

Neubau einer Parkplatzanlage	☐ Ja ☐ Nein [Ausschluss]
Fertigstellung der LP 8 gemäß § 47 Abs. 1 HOAI innerhalb der letzten 10 Jahre (Stichtag: Einreichung des Angebotsblatts)	Fertigstellung LP 8 (MM/JJJJ) _____
Mind. Honorarzone III	Honorarzone _____

WEITERE MINDESTKRITERIEN
(ZU ERFÜLLEN IN REFERENZ 3.1 ODER 3.2)

Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts	☐ Ja ☐ Nein
Verkehrsfläche mind. 5.000 m ²	Verkehrsfläche (m ²) _____

BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN

Projekt-/ Baubeschreibung mit Bezugnahme auf die oben gemachten Angaben (max. 2 DIN-A4 Seiten)	☐ Ja
--	-----------------------------

4 / PROJEKTTEAM

4.1 / PROJEKTLEITUNG

Projektleitung (Name, ggf. Titel)	
Berufserfahrung (mind. 5 Jahre)	
Beruflicher Werdegang (u.a. Berufsabschluss und einschlägige Berufserfahrung)	
Angaben zur Erfahrung und Qualifikation, beispielsweise in Form von persönlichen Referenzen	☐ Ja, in der Angebotspräsentation dargestellt ☐ Nein (= unvollständig)

4.2 / STELLVERTRETENDE PROJEKTLEITUNG

Stellvertretende Projektleitung (Name, ggf. Titel)	
Berufserfahrung (mind. 5 Jahre)	
Beruflicher Werdegang (u.a. Berufsabschluss und einschlägige Berufserfahrung)	
Angaben zur Erfahrung und Qualifikation, beispielsweise in Form von persönlichen Referenzen	☐ Ja, in der Angebotspräsentation dargestellt ☐ Nein (= unvollständig)

VERLEGUNG DES GÄSTEBUSPARKENS AM DEUTSCHE BANK PARK
A1 – ANGEBOTSBLATT | FREIANLAGEN, INGENIEURBAUWERKE,
VERKEHRSANLAGEN

4.3 / OBJEKTÜBERWACHUNG

Objektüberwachung (Name, ggf. Titel)	
Berufserfahrung (mind. 5 Jahre)	
Beruflicher Werdegang (u.a. Berufsabschluss und einschlägige Berufserfahrung)	
Angaben zur Erfahrung und Qualifikation, beispielsweise in Form von persönlichen Referenzen	☐ Ja, in der Angebotspräsentation dargestellt ☐ Nein (= unvollständig)

5 / ANGEBOT

5.1 / ANGEBOTSBESTANDTEILE

Grundlage dieses Angebotes sind die übermittelten Vergabeunterlagen inkl. der Anlagen.
Unserem A1 – Angebotsblatt sind folgende Unterlagen beigelegt:

- ☐ A1.1 - Bietergemeinschaftserklärung (nur bei Bietergemeinschaften einzureichen)
- ☐ A1.2 - Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (nur bei Eignungsleihe einzureichen)
- ☐ A1.3 - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (nur bei Einbeziehung eines
Unterauftragnehmers einzureichen)
- ☐ Projektbeschreibung Referenzprojekte
- ☐ Umsetzungskonzept
- ☐ A2 - Honorarblatt

VERLEGUNG DES GÄSTEBUSPARKENS AM DEUTSCHE BANK PARK
A1 – ANGEBOTSBLATT | FREIANLAGEN, INGENIEURBAUWERKE,
VERKEHRSANLAGEN

5.2 / BIETERERKLÄRUNG

Mit der nachfolgenden Unterzeichnung bestätigt der Bieter,

- ◆ alle Vergabeunterlagen sowie den Vertragsentwurf lückenlos zur Kenntnis genommen zu haben;
- ◆ sämtliche in den Vergabeunterlagen enthaltenen und darin in Bezug genommene Verfahrens- und Vertragsbedingungen anzuerkennen;
- ◆ dass mit den zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen vertraulich umgegangen wurde;
- ◆ dass eine falsche Angabe den Ausschluss aus dem Vergabeverfahren zur Folge hat;
- ◆ dass bei Abgabe dieses Angebots keine Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) begangen wurden;
- ◆ mit der Verarbeitung und Speicherung der im Rahmen des Vergabeverfahrens mitgeteilten personenbezogener Daten einverstanden zu sein sowie
- ◆ eine Bindung an das Angebot für 60 Kalendertage ab dem Tag nach Ablauf der Frist für die Abgabe der Angebote.

--	--

Ort, Datum

Erklärender im Sinne des § 126b BGB